

**Fraktion DIE LINKE im
StädteRegionstag**
Zollernstraße 10
52070 Aachen

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 10 52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305
FAX: 0241 5198 2398

An Herrn

Städteregionsrat Helmut Etschenberg

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Im Hause

Büro: Zimmer E 178

Antrag auf Einrichtung einer Ombudsstelle bei der ARGE in der Städteregion Aachen

Aachen, den 8. September 2010

Sehr geehrter Herr Etschenberg,

für die nächste Sitzung des Städteregionstages am 07.10.2010 bittet die Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag Aachen um die Aufnahme des oben angegebenen Antrags auf die Tagesordnung und beantragt zur Beschlussfassung:

Der Städteregionstag fordert die Mitglieder der Städteregion in der Trägerversammlung der ARGE bzw. der zu schaffenden gemeinsamen Einrichtung auf, für die Institution einer Ombudsstelle einzutreten. Diese soll entweder aus einer Person (Ombudsmann/-frau) oder aus mehreren Personen (Ombudsrat) bestehen. Im Rahmen des Implementierungsprozesses wird auf die Erfahrungen bisheriger Ombudseinrichtungen im Bereich des SGB II zurückgegriffen. Sollte es in der Trägerversammlung keine Mehrheit dafür geben, wird die Städteregion aufgefordert, eine Ombudsstelle als kommunales Instrument für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) einzurichten.

Umsetzung:

Die Ombudsstelle setzt sich aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammen, die soziale Kompetenz besitzen und einen vertrauenswürdigen Ruf genießen. Städteregionsfraktionen, Sozialverbände, Gewerkschaften, Kirchen und andere Institutionen, die sich mit sozialen Belangen in der Städteregion beschäftigen, haben ein Vorschlagsrecht.

Zu den Aufgaben gehört es, bei Problemen, die bei der Grundsicherung von Arbeitslosen auftreten, sowohl kritisch als auch klärend und vermittelnd zu begleiten. Die Ombudsstelle soll Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung des Verwaltungshandelns und der gesetzlichen Regelung im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) ziehen und entsprechende Empfehlungen geben.

Die Mitglieder der Ombudsstelle nehmen ihre Aufgaben unabhängig und ehrenamtlich wahr.

Die Ombudsstelle ersetzt das formale Widerspruchsverfahren nicht. Bürgerinnen und Bürger, die mit getroffenen Entscheidungen nicht einverstanden sind, müssen Einwände gegen diese Entscheidungen daher nach wie vor im Rahmen eines Widerspruchs vorbringen.

Begründung:

Sowohl an die Fraktionen der LINKEN als auch an andere Stellen wenden sich in regelmäßigen Abständen verzweifelnde, eroboste oder frustrierte Bürgerinnen und Bürger, die über Schwierigkeiten mit ihren Sachbearbeitern bei der ARGE der Städteregion sowie deren Anschreiben berichten oder klagen.

Die Probleme reichen von einfachen Verständigungsschwierigkeiten und Unklarheiten über gefühlte oder erlebte Ablehnung und ungerechte Behandlung bis hin zu dem Verdacht, über Anträge und Bescheide würde völlig willkürlich entschieden.

Da sich die Betroffenen oft nicht anders zu helfen wissen, wenden sie sich Hilfe suchend an Außenstehende, oft auch an DIE LINKE. Wir sind jedoch nicht immer in der Lage, und es ist auch nicht unsere Aufgabe, zwischen der ARGE in der Städteregion und ihren Kunden als Mediator aufzutreten.

Es ist daher dringend notwendig für diese Fälle eine Ombudsstelle als Beschwerdestelle – wie beispielsweise im Kreis Düren und in einer zunehmenden Zahl von anderen Städten und Kreisen bereits eingerichtet – zu etablieren, die an diesem Punkt vermittelnd und Problem lösend agieren kann.

Erfahrungen beispielsweise aus Duisburg zeigen, dass durch eine solche Einrichtung Verfahren vor den ohnehin überlasteten Sozialgerichten vermieden werden können.

Ferner weist die Fraktion DIE LINKE auf die positiven Erfahrungen aus der Tätigkeit der beiden Ombudsmänner für die Senioren in der Städteregion hin.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe F. Lühr
Fraktionsvorsitzender

Marika Jungblut
stv. Fraktionsvorsitzende

Harald Siepmann

Kopie an:

- Hr. Leyendecker
- Hr. Schabram, Dezernat III
- CDU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- Grüne-Fraktion
- FDP-Fraktion
- UWG-Fraktion
- Pressestelle